

Weniger Machtpolitik ist gefragt

Für die Gemeinderatswahlen wurden über 700 Personen vergeblich für eine Kandidatur angefragt. Erschreckend viele. Eine Umfrage, welche die Gleichstellungskommission in Auftrag gab, zeigt nun auf, warum so viele Personen nicht kandidieren wollen.

Von Janine Köpfl

Vaduz. – Seit Jahren versuchen die Parteien, mehr Frauen auf ihre Wahl Listen zu bringen. Sie jammern, wie schwierig es sei, nicht nur Frauen, sondern zunehmend auch Männer zu finden, die sich fürs Gemeinwohl einsetzen und die Gemeinde mitgestalten wollen. Die Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann wollte die Ursachen für diese generelle politische Zurückhaltung wissen und erteilte Wilfried Marxer, Forschungsleiter Politikwissenschaft am Liechtenstein-Institut, den Auftrag, eine Umfrage bei allen Nicht-Kandidierenden der Gemeinderatswahlen 2011 durchzuführen. Neben den Personen, die eine Kandidatur ablehnten, wurden auch die Ortsgruppenvorsitzenden um eine Einschätzung gebeten, warum Frauen, aber auch Männer sich ihrer Meinung nach nicht auf die gemeindepolitische Schiene begeben wollten.

Gestern Abend präsentierte Wilfried Marxer die Ergebnisse der Umfrage und die sich daraus ergebenden Empfehlungen. Neben einigen interessanten Resultaten überraschte vor allem die Tatsache, dass all jene, die die Präsentation interessieren sollte, nämlich die Ortsgruppenvorsitzenden der Gemeinden und die Verantwortlichen der Parteien, nicht anwesend waren. Ausser einigen Vertretern der FBP, den Medienvertretern und den Mitgliedern der Gleichstellungskommission schien niemand wissen zu wollen, was die Hauptgründe für das Ablehnen einer Kandidatur sind und wie die Parteien die Situation vielleicht bei den nächsten Gemeinderatswahlen verbessern könnten, damit nicht wieder 700 Personen umsonst angefragt werden müssen.

Viele anderweitige Belastungen

Die Umfrage wurde schriftlich anhand von Fragebögen geführt. Aus einem «relativ guten» Rücklauf, wie Wilfried Marxer sagte, konnten objektive und subjektive, rationale und emotionale Gründe für eine Nicht-Kandidatur bei den Gemeinderatswahlen 2011 herausgelesen werden. Für die anwesenden Parteivertreter wenig verwunderlich ist die Tatsache, dass viele der Befragten anderweitige Belastungen nannten und beispielsweise wegen beruflicher und familiärer Engagements nicht kandidieren wollten und konnten. «Frauen geben



Sind den Gründen auf der Spur, warum immer weniger für den Gemeinderat kandidieren: Bernadette Kubik-Risch, Norbert Hasler, Karin Jenny, Helen Goop, Gabi Büchel, Emerita Büchel, Günther Frick und Wilfried Marxer. Bilder Elma Korac

insgesamt mehr gewichtige Gründe für die Nicht-Kandidatur an, die sich teilweise deutlich von denjenigen der Männer unterscheiden», sagte Wilfried Marxer.

Machtpolitik stört die Frauen

Frauen stören sich vor allem an der Machtpolitik. Sie gaben an, Sachpolitik zu bevorzugen. Dazu kommen familiäre und berufliche Belastungen, dass sie nicht gerne in der Öffentlichkeit stehen oder lieber an konkreten Projekten, beispielsweise in einem Verein, arbeiten.

Bei den Männern spielt ebenfalls die grosse berufliche Belastung eine Rolle und dass der Zeitpunkt ungünstig gewählt ist. Sie können sich eine Kandidatur eher in ein paar Jahren vorstellen. Dass sie von der Machtpolitik abgeschreckt werden, nennen die Männer erst als vierten Grund (siehe Kasten).

Kompetent genug

Interessant ist auch die Einschätzung der Ortsgruppenvorsitzenden. Sie sind beispielsweise der Meinung, dass Frauen sich zu wenig kompetent fühlen oder eine Wahlniederlage nur schwer verdauen könnten. Diese Gründe werden von den Frauen selbst jedoch nicht genannt. Die Ortsgruppenvorsitzenden sehen dafür das Problem der Machtpolitik kaum. «Die Kommentare der Nicht-Kandidierenden verdeutlichen, dass der kontroverse, negati-

vistische Politikstil mit dem politischen Interesse der Angefragten an einer konstruktiven Gemeinderatsarbeit kontrastiert», erklärt Wilfried Marxer in seinen Ausführungen. Dies zeige sich auch bei den Empfehlungen. «Die Nicht-Kandidierenden plädieren sehr viel stärker für eine parteiübergreifende Zusammenarbeit als die Ortsgruppenvorsitzenden. Grundsätzlich sind die Nicht-Kandidierenden offen für neue Wege der Gemeindegearbeit, beispielsweise, dass vermehrt auch Jüngere angefragt werden oder dass mit Inseraten nach Kandidaten gesucht wird. Frauen sind laut den Umfrageergebnissen offener für solche Neuerungen.

Positive Aspekte

Die Umfrage zeigt, dass es vor allem Signale einer konstruktiven und sachlichen Politik bräuchte, sowie «Zeichen der Erneuerung und des guten Willens», sagte Wilfried Marxer. Offensichtlich sei das Image der Politik im Allgemeinen, auch der Gemeindepolitik und der Parteien,

schlecht. Dies sei ernüchternd, sagten die gestern anwesenden Politiker, denn sie wissen, dass gerade Gemeindepolitik eigentlich weniger mit Machtkämpfen zu tun habe, als das vielleicht im Landtag der Fall sei. Es wurden Ideen und Ansätze ausgetauscht, wie das falsche Bild korrigiert werden könnte. Mehr Werbung für die

positiven Aspekte der Gemeinderatsarbeit könnte beispielsweise helfen.

Ob es in Zukunft einfacher wird, Menschen zu finden, die sich politisch engagieren, ist fraglich. Aufgrund der Individualisierung der Gesellschaft liege es einfach nicht im Trend, sagte FBP-Parteipräsident Alexander Batliner.

Gründe für Absage einer Kandidatur

Bei Frauen:

- 1) Zu viel Machtpolitik, zu wenig Sachpolitik
- 2) Wahlkampf wäre ein Gräuel
- 3) Familiäre Belastungen
- 4) Bereits grosse berufliche Belastung
- 5) Steht nicht gerne in der Öffentlichkeit
- 6) Nicht gerne in politischer Funktion in Öffentlichkeit
- 7) Arbeitet lieber in konkreten Projekten, Vereinen
- 8) Zeitpunkt ungünstig, vielleicht in ein paar Jahren

Bei Männern:

- 1) Bereits grosse berufliche Belastung
- 2) Zeitpunkt ungünstig, vielleicht in ein paar Jahren
- 3) Bereits in einem Verein oder Projekt engagiert
- 4) Zu viel Machtpolitik, zu wenig Sachpolitik

Quelle: Wilfried Marxer, Umfrage bei den Nicht-Kandidierenden der Gemeinderatswahlen 2011 – Zentrale Ergebnisse



Wilfried Marxer, Liechtenstein-Institut, Untersuchungsleiter der Umfrage

Frauen haben mehr negative Assoziationen zur Politik, die sie mit Machtpolitik und Parteienstreit in Verbindung bringen.